

Die Deutschen - auf dem Weg in die Zivilgesellschaft?

Von Arno Klönne

Die Situation der Deutschen nimmt sich im Sommer 1990 auf den ersten Blick hin beruhigend aus. Von einem Kalten Krieg kann in Europa keine Rede mehr sein; die Wiederherstellung eines einheitlichen deutschen Nationalstaates findet im Grundsatz Zustimmung auch bei den Mächten, die im Krieg mit Hitler-Deutschland Sieger waren und demzufolge nach 1945 im besetzten deutschen Territorium die politische Verantwortung übernehmen mußten; eine Politik der Rüstungsbeschränkung und der Abrüstung scheint gerade im europäischen Rahmen realistisch zu sein, auch so, daß sie die Furcht vor einer erneuten deutschen militärischen Machtpolitik wegnimmt. Die deutsch-deutsche Währungs- und Wirtschaftsunion wird zwar im Territorium der DDR massive soziale Probleme aufwerfen, aber selbst diese stellen die Tragfähigkeit des ökonomischen Systems in Deutschland nicht in Frage; es ist nicht zu befürchten, daß die westdeutsche Wirtschaft ihren Rang im Weltmarkt verlieren und Gesamtdeutschland materiell ins Elend stürzen könnte. Politisch besteht in Deutschland eine deutliche Mehrheit für einen liberalen Rechtsstaat; die rechtsextreme Partei der „Republikaner“ hat an Wählerschaft eingebüßt. Deutschland, in seinen beiden Teilen und zukünftig vereint, auf dem gesicherten Weg in die „Zivilgesellschaft“, die sich im „Haus Europa“ ansiedelt?

Auf den zweiten Blick hin stellen sich Bedenken ein, werden fragwürdige Entwicklungstendenzen sichtbar. Nicht so, als ob die Gefahr bestünde, daß aus der Wiedervereinigung ein „Viertes Reich“ hervorgeht, das dem „Dritten Reich“ eine Wiederholung verschafft; dem stehen schon veränderte Bedingungen in den ökonomischen Grundlagen und Interessen des deutschen Kapitals entgegen, aber auch veränderte Kräfteverhältnisse in der Politik und in der politischen Kultur der deutschen Gesellschaft. Aber läßt sich sagen, daß die Lernprozesse, zu denen die Geschichte deutscher Politik in ihrem Verlauf bis 1945 herausfordert, im deutschen politischen Bewußtsein heute als erfolgreich abgeschlossen betrachtet werden können?

Mit der Rückkehr zur deutschen Einheit verbinden sich riskante Deutungen der Zeitgeschichte, nicht nur im Bereich des offenen Rechtsextremismus. Unterhalb der Ebene deklarerter politischer Ziele ist in der Bundesrepublik vielfach die Meinung zu finden, Deutschland-West habe, an der Seite seiner westlichen Alliierten, den Kalten Krieg gewonnen, Deutschland-Ost „zurückgewonnen“, und nun sei es dem gesamtdeutschen Staat und seiner Wirtschaftsmacht möglich, in Europa, nicht zuletzt gegenüber den von inneren Krisen geschüttelten osteuropäischen Staaten, eine hegemoniale Stellung einzunehmen, auf diese Weise auch die Niederlage von 1945 wettzumachen - mit friedlichen Mitteln, versteht sich. Es geht hier nicht in erster Linie um diejeni-

gen deutschen Zeitgenossen, die offen oder versteckt die hitlerdeutsche Vergangenheit rechtfertigen möchten, sie befinden sich in einer Minderheit. Es geht eher um die breiter gelagerte Neigung, das „Dritte Reich“ in Vergessenheit zu bringen oder die Erinnerung daran so zu „historisieren“, daß ihr Lehren für die deutsche Politik heute nicht zu entnehmen sind. Selbst das zum Ritual der offiziellen bundesrepublikanischen Politik gehörige Eingeständnis eines deutschen „Sündenfalls“ in den Jahren des „Dritten Reiches“ erweist sich gegenwärtig als vieldeutig, als ablenkend von den erkennbaren Interessen und Ideen, die in Deutschland bis 1945 macht- und mehrheitsfähig waren, als verhüllend im Hinblick auf deren Hinterlassenschaften nach 1945. Wenn die Teilung Deutschlands, in der Nachkriegszeit gewissermaßen als „Sühne“ auferlegt, nun überwunden wird, ist dann die vermeintliche „Sünde“ historisch „abgebüßt“? War vielleicht das „Dritte Reich“, nachdem nun die Zeit der Trennung der Deutschen als „Bußzeit“ dem Ende zugeht, denn doch nur eine „läßliche Sünde“, unter die der Schlußstrich gezogen werden kann?

Wer gegen solcherart Wiederherstellung „nationaler Identität“ in Deutschland angehen will, wird in Parolen wie „Nie wieder Deutschland“ oder „Wider Vereinigung“ keine brauchbaren Orientierungen sehen können. Die deutsche Zweistaatlichkeit wird jetzt zur deutschen Vergangenheit, und selbst wenn sie weiter bestanden hätte, wäre damit noch keine Garantie für eine deutsche Politik der Vernunft gegeben gewesen. Allerdings stellt sich im Zuge der Verschmelzung der DDR mit der Bundesrepublik in mancher Hinsicht eine neue Lage her, wenn es um die Konsequenzen aus den Fehlwegen deutscher Geschichte geht.

Seit Beginn der 80er Jahre schon haben nationalkonservative Publizisten und Politikwissenschaftler in der Bundesrepublik das Argument ausgestreut, es sei auf Dauer nicht hinzunehmen, daß Deutschland-West in Sachen Wirtschaft als „Riese“, in Sachen Politik aber als „Zwerg“ existiere; gemeint war: Deutschland müsse auch politisch wieder die Rolle einer Großmacht übernehmen. Es liegt nahe, daß die Übernahme der DDR in das politische Potential der Bundesrepublik und ebenso sehr der Zerfall des Ostblocks das politische Gewicht deutscher Politik im internationalen Kräftefeld verstärken, daß ferner die aus dem westlichen Bündnissystem bisher sich ergebenden Einschränkungen deutscher Souveränität schwächer werden. Eine „Zähmung“ möglicher deutscher Gelüste, sich nach dem wirtschaftlichen auch einen politischen „Platz an der Sonne“ zu verschaffen und Machtstaatspolitik zu betreiben, ist demnach in Zukunft nicht mehr so sehr durch äußere Einflüsse oder Auflagen zu erwarten; mehr als bisher wird es Angelegenheit der Deutschen selbst sein, deutsche Politik so zu gestalten, daß sie dem internationalen Ausgleich und der Verständigung zwischen den Nationen zugute kommt. Auch die Europäische Integration entlastet die Deutschen nicht von einer solchen eigenen Anstrengung; die demokratischen Möglichkeiten der europäischen Institutionen sind nur in Ansätzen entwickelt, und die wirtschaftlichen Ressourcen Deutschlands reichen — im europäischen Vergleich — hin, um deutschen politischen Ambitionen

ein großes Maß von Durchsetzungsfähigkeit auch auf der Ebene der Europäischen Gemeinschaft zu geben. Dennoch liegt in der europäischen Integration ein gewisses Korrektiv gegenüber eventuellen riskanten Alleingängen deutscher Politik, und ein europäischer Horizont der öffentlichen Klärung politischer Probleme und Ziele ist jeder deutschnationalen Begrenztheit vorzuziehen. Mitzubedenken ist dabei, daß rechtsextreme Ideologien und Bewegungen freilich nicht unbedingt im Muster nationalstaatlicher Politik verbleiben; es gibt durchaus Anzeichen für die Herausbildung eines rassistisch ausgrenzenden und zugleich nach außen hin expansiven Extremismus der „Nation Europa“.

Weder gegenüber der darin liegenden Gefahr noch gegenüber einer neuen deutschnationalen Machtstaatspolitik bietet meines Erachtens der Rückzug demokratischer Entwürfe und Aktivitäten in die „kleinen Räume“, also in eine regionalistische Beschränkung, eine wirksame Alternative. Wenn „ökoliberales“ Zeitgenossen wie Thomas Schmid darauf hoffen, die internationale Marktgesellschaft werde „Gemeindefreiheit“ hervorbringen, im deutschen Falle „das Reich von innen her zerlegen“ und den „Staat absterben lassen“, so verbinden sich hier sympathische Motive mit realitätsfernen Lageeinschätzungen. Die kapitalistische Ökonomie setzt sich in der Staatenwelt und in der Lebenswelt immer mehr durch und sie entwickelt dabei Strukturen, die sich an nationale Grenzen weniger denn je halten, die auch immer mehr ihre eigene Souveränität haben, abseits der nationalstaatlichen Kompetenzen, - aber dies bedeutet nicht, daß da herrschaftsfreie Räume entstünden oder daß staatliche Funktionen sich verflüchtigen würden; überdies wird gerade in den technisch hochentwickelten Sektoren der Unternehmenswirtschaft ein erheblicher Anteil an der Kapitalverwertung eben nicht durch den Markt, sondern mit Hilfe des Staates realisiert, beispielsweise: auch wenn der Ost-West-Konflikt hinfällig wird, ist damit die Symbiose von Rüstungswirtschaft und staatlicher Politik nicht aus der Welt.

Ganz allgemein ist vor der Illusion zu warnen, der epochale Trend laufe auf eine globale Geltung von marktwirtschaftlich garantierter liberaler Politik, Wohlstandsökonomie und einigermaßen ausgeglichener sozialer Mindestversorgung hinaus, und es sei nur noch dafür Sorge zu tragen, daß sich dieser Zustand ökologischen Kriterien anpaßt. Weitaus mehr Wahrscheinlichkeit hat - leider - die Prognose, daß nicht nur der ökologische, sondern auch der sozialmaterielle Problemdruck weltweit ansteigt, daß die Ungleichheit in den Lebenschancen sich verschärft, daß Elendszonen sich ausbreiten, daß der „informelle Sektor“ wirtschaftliche Kriminalität an Bedeutung zunimmt, daß der Migrationsdruck zunimmt und sozialstaatliche Regulierung oft nicht einmal mehr versucht wird. Zu befürchten ist auch, daß ideologische und praktische Politikmuster darauf so reagieren, daß sie sich dem Prinzip des „Überlebenskampfes“ verpflichten, der „Revierteidigung“ - oder des aggressiven Zugriffs auf das fremde „Revier“.

Für ökonomisch hochentwickelte Gesellschaften wie die deutsche ist nicht die wirtschaftliche Zusammenbruchskrise zu erwarten, wohl aber, daß die materiellen Randlagen, die „prekären“ Existenzweisen sich ausbreiten, und damit auch die sozialen Krisenzonen in der Reichtumsgesellschaft. Eben dadurch kann das Gefühl, existenziell bedroht zu sein oder einen materiellen Vorrang im „Kampf aller gegen alle“ durchboxen zu müssen, zu einem andauernd wirksamen Entstehungsfaktor für rechtsextreme politische Orientierungen werden, die sich als nationalistische oder rassistische Deutungen sozialer Problemlagen anbieten. Der Rückzug in das politische und soziale Biotop der „Zivilgemeinde“ bietet demgegenüber keine gesellschaftliche und vermutlich auf längere Frist nicht einmal eine private Lösung, schon gar nicht für diejenigen, die erst einmal um ihre sozialen und politischen Rechte kämpfen müssen, im deutschen Fall zum Beispiel: Frauen im Territorium der DDR, die dort im Prozeß der wirtschaftlichen Vereinigung aus dem Arbeitsmarkt verdrängt werden; Arbeitnehmer mittleren Alters in nicht expandierenden Wirtschaftsbranchen, denen das Tempo der Modernisierung keine Chance beläßt; Menschen ausländischer Herkunft, denen nicht einmal kommunal politische Mitbestimmung zugestanden wird.

Es ist also nicht der Markt, sondern es sind solidarische Interessenvertretung und Konfliktfähigkeit, auf Gegenmacht und gestalterischen Eingriff gerichtete soziale und politische Bewegungen, die gesellschaftliche Perspektiven in Richtung auf Demokratie und Menschenrechte offenhalten oder eröffnen können; Reichweite, Beharrlichkeit und Phantasie solcher Bewegungen sind es, an denen sich entscheidet, wie weit rechtsextreme Potentiale sich in der deutschen „Normalität“ wieder ausbreiten können.

Bloßes Abwehrverhalten gegenüber dem Rechtsextremismus wird nicht hinreichen; wer neuen faschistischen Tendenzen mit Erfolg entgegenarbeiten will, wird sich mit dem Antifaschismus nicht begnügen dürfen. Dennoch ist die Frage nicht zu vernachlässigen, was jene Überlieferungen aus der deutschen Geschichte heute bedeuten können, die aus dem Widerstand Deutscher gegen Hitler-Deutschland herkommen. Die gegenwärtigen Schwierigkeiten im Umgang damit sind nicht zu verkennen; sie hängen auch mit dem Zusammenbruch des zweiten deutschen Staates zusammen, der ja davon ausging, eben nicht in der Rechtsnachfolge des Deutschen Reiches zu stehen.

Anders als die Bundesrepublik hat sich die DDR in den Jahren des deutschen Wiederaufbaus als „antifaschistischer Staat“ definiert, hat also den Versuch gemacht, die eigene politische Identität aus der Tradition der Gegnerschaft zum „Dritten Reich“ herzuleiten. Das damals in der Bundesrepublik vorherrschende Staatsverständnis lief zwar darauf hinaus, sich als Alternative zur „Diktatur“ oder zum „Totalitarismus“ zu verstehen, aber in diesem Ideengebäude hatte der Widerstand gegen den Nationalsozialismus nur einen bescheidenen Platz; daß dies so war, hing auch mit dem schwachen Anteil zusammen, den Menschen aus dem Widerstand gegen das nationalsozialistische

Regime an den politischen, administrativen, kulturellen oder gar wirtschaftlichen Funktionsgruppen beim Aufbau der westdeutschen Gesellschaft hatten. Schließlich waren es Kommunisten gewesen, die zur aktiven Gegnerschaft zum „Dritten Reich“ besonders stark beigetragen hatten, die dann aber, schon einige Jahre nach Kriegsende, als Repräsentanten eines „neuen Totalitarismus“ stigmatisiert waren. Antifaschismus trug über Jahre hin in Westdeutschland eine Last insofern, als er mit der Gegenwart eines Staates identifiziert wurde, dessen Politik zum demokratischen Protest nur allzu viel Gründe bot; dies wiederum gab denjenigen Anhaltspunkte, die ohnehin mit antifaschistischen Ideen und Traditionen nichts im Sinne hatten. Inzwischen ist diese Zwiespältigkeit des historischen Zusammenhanges von Antifaschismus und Kommunismus selbst schon wieder Geschichte, aber sie ragt in die Zukunft auch deshalb hinein, weil nun die Frage ansteht: Wie hält es das zukünftige gesamtdeutsche historisch-politische Bewußtsein mit den Hinterlassenschaften aus der Geschichte der DDR? Bei allen Fragwürdigkeiten und Mißerfolgen, die dem staatlichen Konzept des Antifaschismus in der DDR anhafteten, wäre es höchst nachteilhaft für eine gesamtdeutsche politische Kultur, wenn alles aus dieser Überlieferung dem Untergang verfielen.

Das gilt ebenso für eine Reihe sozialpolitischer Regelungen in der DDR, die darauf abzielten, eine materielle Grundsicherung für alle zu verbürgen und die Ungleichheit wirtschaftlich bedingter Chancen abzubauen. Der massive Eingriff der liberalkonservativen westdeutschen Regierungspolitik in den Prozeß der Umgestaltung in der DDR auch unter dem Ministerpräsidenten de Maiziere war gewiß nicht durch die Besorgnis bestimmt, es könne sich dort sonst ein sozialistisches System erhalten; vielmehr ging es darum, bei der Einführung kapitalistischer Wirtschaftsformen in der DDR das sozialstaatliche Niveau abzusenken. Der FDP-Vorsitzende Graf Lambsdorff hatte offenbar dieses im Sinn, als er nicht gerade höflich verkündete: „Wir wollen nicht, daß die dort mit unserem Gelde noch DDR spielen.“

Auf kaum verhüllte Weise hat die westdeutsche Regierungspolitik in ihren Maßgaben für die Währungs- und Wirtschaftsunion die bundesrepublikanischen Verfassungsziele für die Wirtschafts- und Sozialordnung nicht nur im Wortgebrauch, sondern auch im Inhalt undefiniert; aus der Offenheit des Grundgesetzes, das lediglich Eigentum und Erbrecht gewährleistet, den Eigentumsgebrauch aber an das „Wohl der Allgemeinheit“ bindet und Enteignungen zum Wohle der Allgemeinheit für zulässig erklärt, wurde nun die systematische Verpflichtung auf „Marktwirtschaft“, und das Sozialstaatsgebot des Grundgesetzes wurde auf die gelegentliche Beigabe des Adjektivs „sozial“ reduziert, so als sei es ein Wesensmerkmal der „Marktwirtschaft“, daß sie Sozialität aus sich heraus herbeiführe.

Es kann kein Zweifel daran sein, daß die derzeitige Schwäche der Linken in der Auseinandersetzung um die Wirtschafts- und Sozialverfassung nicht zuletzt auf das Desaster des „Realsozialismus“ zurückzuführen ist, auch inso-

weit, als es sich um die Sozialdemokratie handelt. Entwicklung und Zusammenbruch der staatssozialistischen Systeme haben einen Glaubwürdigkeitsverlust auch jener kapitalismuskritischen Ideen und Organisation zur Folge, die in der Gegnerschaft zur Politik der SED oder überhaupt der kommunistischen Parteien und Staaten standen. Der Verweis darauf, daß der „Realsozialismus“ nicht der „wahre“ Sozialismus gewesen sei, greift in dieser Situation zu kurz; hinzu kommt, daß in der Tat manche der grundlegenden historischen Fehlentscheidungen, die den revolutionären wie den staatsautoritären Weg kommunistischer Politik bestimmten und katastrophale Folgen hatten, in geschichtlich weniger dramatischen Formen auch in der reformerischen und demokratischen Richtung des Sozialismus ihre Entsprechungen haben. Zu denken ist hier an den Aberglauben, daß die aus dem Kapitalismus hervorgegangene Entwicklung der „Produktivkräfte“ mitsamt ihrer Steigerungsdynamik „an sich“ für Mensch und Gesellschaft „fortschrittlich“ sei und eben nur staatlicher Steuerung, veränderter Eigentumsverhältnisse und einer anderen Verteilung ihrer materiellen Resultate bedürfe; zu denken ist auch an das teils illusionäre, teils gefährliche Zutrauen, das Sozialdemokraten wie Kommunisten in die Fähigkeiten staatlich-administrativer Politik setzten, entweder den Kapitalismus zu „verwandeln“ oder den Sozialismus zu planen. In dem einen Fall führte dies zu der - im Resultat nur scheinbar ungefährlichen - Neigung, sich mit der sozialpflegerischen Korrektur der Verteilungsmängel des Kapitalismus zu begnügen; im anderen Falle zu der Neigung, eine Gesellschaft der Freien und Gleichen über den Kommandostaat und die Unterdrückung jeder Offenheit des gesellschaftlichen Lebens anzustreben, vorgebliche „Gesetze der Gesellschaftsgeschichte“ notfalls durch brutale Herrschaft zu exekutieren, dabei auch das eigene Denken den Beschlüssen von Zentralkomitees zu unterwerfen.

Wenn gegenwärtig viele bisherige Sozialisten und Kommunisten auf diese historischen Erfahrungen so reagieren, daß sie von jedem Gegenentwurf zur kapitalistischen Gesellschaftsform „Abschied nehmen“, so steckt darin auch die fatale Weigerung, über die eigenen Vergangenheiten näher nachzudenken; nicht Aufarbeitung der Geschichte, auch des eigenen Anteils daran, findet hier statt, sondern Flucht - vor den neuen Machtverhältnissen und vor sich selbst. Auch wenn viele Linke sich derzeit vom Sozialismus verabschieden und manche, die vor noch nicht allzu langer Zeit „Wir wollen alles“ proklamierten, nun „wir wollen fast gar nichts mehr“ beteuern, so haben sich doch die Probleme nicht verabschiedet, auf die historisch die sozialistische Bewegung Antworten zu geben versuchte. Im Kern geht es dabei immer noch um die Frage nach der Gleichheit der ökonomischen und politischen Existenzrechte für alle Menschen und alle Völker. Hier liegt exakt auch, weltanschaulich wie praktisch, der Kern aller rechtsextremen Politik: das „Recht auf Ungleichheit“ und die „Naturgesetzmäßigkeit“ der damit begründeten gesellschaftlichen Zustände zu behaupten. Soziale und politische Bewegungen, die dem entgegenwirken wollen, haben ihre historischen Anknüpfungspunkte; das gilt auch für deutsche Verhältnisse.

In den Überlieferungen der Arbeiterbewegung, egalitärer christlicher Strömungen, freiheitlicher Intelligenz und einer antiautoritären „jungen Linken“ sind soziale Entwürfe und Erfahrungen im politischen Handeln zu entdecken, die nicht „verbraucht“ sind. Auch sie sind Teil der deutschen Gesellschaftsgeschichte. Wenn wir näher hinsehen, werden wir herausfinden, ob nicht gerade in den Jahren zwischen 1945 und 1949, als die zwei deutschen Staaten noch nicht gegründet waren, in der deutschen Diskussion soziale und politische Ideen entwickelt wurden, die dann im Kalten Krieg zu Unrecht als ein für allemal „erledigt“ galten.

Das „deutsche Wesen“ gibt es nicht, so läßt sich abschließend sagen; wohl aber gab es in der deutschen Geschichte eine Mehrheitsfähigkeit derjenigen Gesellschaftsentwürfe, die prinzipiell gegen Freiheit und Gleichheit gerichtet waren, und diese deutsche Geschichte ist auch heute nicht abgeschlossen. Der einheitliche deutsche Staat, der sich jetzt herausbildet, steht im rechtlichen Sinne in der Nachfolge des Deutschen Reiches, und er wird gut daran tun, nicht zu vergessen, daß dieses Deutsche Reich zuletzt mit dem „Dritten Reich“ identisch war. „Bonn“ sei nicht „Weimar“, ist in der Bundesrepublik in den vergangenen Jahrzehnten denen entgegengehalten worden, die sich über antidemokratische Kontinuitäten besorgt zeigten; aber nun geht es, um im sprachlichen Bilde zu bleiben, nicht mehr um „Bonn“, sondern um „Berlin“, und es ist eine Frage der deutschen Politik, was daraus wird. Wir selber werden dafür sorgen müssen, daß es in Deutschland nicht zur Rechts-Nachfolge kommt, niemand nimmt uns diese Mühe ab; insofern ist jetzt wirklich die Nachkriegsordnung an ihr Ende gekommen.

Der vorstehende Beitrag ist das Schlußkapitel des im September 1990 im Kölner PapyRossa Verlag erschienenen Buches von Arno Klönne, Rechts-Nachfolge - Risiken des deutschen Wesens nach 1945. Wir danken Verlag und Autor für die freundliche Genehmigung des Vorabdrucks. D. Red.

„Blätter“-Sonderdruck 371

Achim Berteleit, Dirk Herkströter und Frank Steinmeier

„Das ganze Deutschland soll es sein...“

Notwendige Nachträge zu einer selbstgenügsamen Diskussion um die Wege zur deutschen Einheit aus völkerrechtlicher und verfassungspolitischer Perspektive

40 Seiten. Einzelpreis 4,- DM (zuzügl. Versandkosten von 1,40 DM). Versand gegen Vorkasse (am besten in Briefmarken). Bestellungen sind zu richten an Frank Steinmeier, Hein-Heckroth-Straße 5, 6300 Gießen.